

Neu-Braunfuser Zeitung

Freitag den 2. December 1864.

Band 13.

Der Präsident begann mit einer Übersicht der militärischen Operationen, welche seit der Vertragung des Konfuges statt gefunden hatten. Wir haben Texas und Arkansas, außer einigen besetzten Punkten, wieder abgenommen. Beinahe der gesamte Nordwesten des Staates Missouri, Nord-Alabama und süd-West-Tennessee sind unserem Besitz. Alle Versuche des Feindes von der Seite ins Land einzubringen, sind vereitelt worden. Im südwestlichen Virginien ist eine Reihe folge derer Armeen geschlagen und ein Theil von Ost-Tennessee ist von unseren Truppen wieder erobert worden.

Die Hauptarmee des Feindes macht nach einer Reihe von Niederlagen, — da ihre wiederholten Stürme während zurückgeschlagen wurden — immer neue Anstrengungen, Petersburg zu erobern. Die Armee von Sherman ist es gelungen in den Tag von Atlanta zu kommen, ohne jedoch einen bedeutenden Vortheil von ihrem Erfolge zu erlangen. Selbst, wenn wir Richmond gleich Atlanta verloren hätten, so würde doch die Conföderation ihre drohende Stellung behauptet haben. In der That kann ein militärischer Erfolg die Conföderation vernichten, den Feind vor fortwährender Verschwendungen Blut und Geld bewahren, welche so lang fortwirken müssen, bis er einseht, daß kein anderer Friede erlangt ist, als ein Friede, der sich auf unsere Unabhängigkeit gründet.

Einflüsterlich des Benehmens fremder Mächte können keine Veränderung berichten. Unsere Anerkennung Seiten fremder Nationen wird uns vorenthalten bei der Annahme, daß Anerkennung ohne Interaktion wertlos sein würde. Wir wünschen keine Intervention. Wir wissen, daß wir völlig im Stande sind, unsere Rechte und unsere Unabhängigkeit zu verteidigen. Friede ohne Unabhängigkeit ist unmöglich. Friede dürfen wir nicht hoffen, bis der Feind kleinen Mächten mit der Anerkennung zuforscht. Die Gesamtsumme der öffentlichen Schuld betrug am 1. October \$1,200,000,000. Fernere Geldverzehrungen zur Bereitung der Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes bis zum 1. Juni 1865 sind nicht mögig, da bis jetzt die noch unverwendeten Bewilligungen den Kostenüberschlag für diesen Zeitraum nicht überschreiten. Der Schatz-Secretär empfiehlt, daß die Regierung sich verpflichte, daß ihre Noten stets steuerfrei bleiben, daß sie nicht mehr Noten ausgabe, als dies verwilligt worden sind, und daß sie einen Theil Steuern und der Abgaben in Naturalien zur allgemeinen Einlösung des im Umlauf befindlichen Papiergeldes verwende.

Die Befreiung gewisser Berufe und Handwerker der Militärfreiheit sei unweise, und in der Theorie zu verteidigen. Es sollte der Umsicht der militärischen Behörden überlassen bleiben, eine hinreichende Anzahl solcher Leute vom Militärdienste zu entziehen, damit sie ihre Geschäfte fortsetzen könnten, wie es das öffentliche Wohl verlangt; aber die Befreiung ganzer Classen vom Dienste sollte gänzlich begehen werden.

Der Gegenstand, Neger in der Armee zu verwenden, wurde weitläufig befürchtet. Der Präsident ist nicht mit denen überein, die zu einer allgemeinen Befreiung und Bewaffnung der Sklaven ratthen, lebt aber, daß man 40,000 von ihnen als Krieger und Ingenieurarbeiter verwenden könnte, welche sie früher geleistet haben. Er gibt desgleichen, daß der Staat sich das Eigentum der von ihm zum öffentlichen Dienste verkauften Sklaven erwerbe und daß der Sklave, wenn er dem öffentlichen Dienste entlassen werde und dienen habe, seine Freiheit erhalten.

Präsident schließt, indem er wiederholt, daß die Regierung willig sei, für den Frieden zu unterhandeln, was aber durchaus unmöglich sei, bevor nicht die führenden Parteien zu derselben Einsicht gelangen. Bei unseren Feinden wird am besten schnellstens eine Neigung zum Unterhandeln herzuwirken, wenn wir ihnen zeigen, daß wir und entschlossen sind, unsere Rechte zu verteidigen.

Er fügt dann hinzu: So last uns denn lassen fortfahren, ungeliebte Thatkraft der Vergangenheit unserer Heimstätten, unseres Lebens und der Freiheiten zu widmen.

Herr W. W. Boyce, Mitglied unserer Kommission von Süß Carolina, hat ein Schreiben an Präsident Davis gerichtet in welchem er darauf dringt, man auf den Vorschlag der sogenannten demokratischen Partei des Südens einzugehen und durch abgeordnete aller Staaten der Union und Conföderation, während eines Waffenstillstandes, über den Frieden herzulegen.

Was wir von einer solchen Convention und Waffenstillstand halten, haben wir zum Theil schon früher in der Zeitung ausgesprochen. Da jedoch der Texas Democrat Boyces Brief in seiner ganzen Länge publiziert, ohne auch nur im geringsten einen Kommentar zu den gefährlichen Trugschlüssen desselben zu liefern, so finden wir uns verpflichtet, diesen jetzt wichtigen Gegenstand einer ferneren Betrachtung zu unterwerfen.

Büvidter behaupten wir, daß der Vorschlag zu einer solchen Convention nicht blos von der demokratischen Partei des Nordens begrüßt wird, wie wir in dem Neu-Yorker Herald ersehen, welcher sagt:

„Wenn wir deshalb inden Präsidenten dringen, einen Waffenstillstand von sechs Monaten anzubieten u. eine Convention der Staaten zu berufen, so dringen wir darauf als auf eine Kriegsmäßregel und wir sehen es als die beste Kriegsmäßregel an, die bis jetzt getroffen worden ist.“

„Man nehme an, daß die Anführer der Rebellen auf einen Waffenstillstand und auf eine Convention der Staaten eingehen. In diesem Falle würde die Union wieder hergestellt, oder der Krieg wieder erneuert werden. Findet das Letzte statt, was dann? — Wir würden den Kampf mit neu organisierten und verstärkten Armeen wieder beginnen. — Der Süden dagegen würde geschwächt sein. Unsere Blokade, die während des Waffenstillstandes aufrecht erhalten würde, würde ihnen alle Zuflüsse abschneiden und während wir alle unsere vortheilhaftesten Punkte besetzt hielten, würden wir die Feindseligkeiten mit größeren Armeen, mit einem mehr gereinigten Volke, mit größerer Kraft und mit mehr Sicherheit auf Erfolg wieder beginnen.“

Die Ansichten des Neu-Yorker Herald, welche uns zeigen, wie sehr selbst unsere bittersten Feinde eine solche Convention wünschen, sollten allein schon im Stande sein, verbündeten und schwachherzigen Leuten, wie Boyce und seinen Gefährten genossen, die Augen zu öffnen.

Boyce behauptet, daß die republikanische Verfassung nicht für Kriegsführung tauge. Dies widerspricht aller Geschichte. Im Gegenteile sind die griechischen Republiken und die römische Republik unsere ersten Lehrmeister in der wissenschaftlichen Tactic und Strategie gewesen. — Er sagt, eine kriegsfähige Republik müsse in militärischen Despotismus ausarten. Dies mag wahr sein, bei einer Republik, die fortwährend erobrende Macht ist, wie Rom war, aber nicht bei einer Republik, die nur auf der Defense ist. Grade die von Boyce so verächtlich behandelte Schweiz, „die ihr Bestehen nur der gegenseitigen Eifersucht der sie umgebenden Mächte und ihrer Armut und Unbedeutetheit verankte“ hätte Amerika schon längst sich zum Beispiel einer starken auf der Defense besitzlichen Republik nehmen sollen. Die Schweiz ist jeden Augenblick im Stande ein geübtes und ausgerüstetes Kriegsgefeuer von 100,000 Mann ins Feld zu stellen. Als Offizier in dieser Armee hat Louis Napoleon seine ersten militärischen Studien gemacht, und nach dem heldenmütigen Charakter des Schweizervolles zu schließen, werden in Zeiten der Not und Gefahr die Ratschlässe so schwachherziger Menschen, wie Boyce's, mit Berachtung zurückgewiesen werden.

Das Gespenst des militärischen Despotismus scheint Herrn Boyce so sehr zu beunruhigen. Er sagt, wenn die Nördlichen durch einen centralen militärischen Despotismus ihre Kriegsmacht aufs Höchste entwickeln, so sind wir zu denselben Verfahren gezwungen und wirklich über unsere Conföderirte Regierung den mächtigsten nationalen, centralen und militärischen Despotismus aus. Das ist alles wahr, aber zwischen dem nördlichen und dem südlichen militärischen Despotismus ist der himmelreiche Unterschied, daß der südliche zur Selbstverteidigung und mit der Zustimmung fast der ganzen Nation und der nördliche zu Gunsten der republikanischen Partei und durch die Gewalt der Parteien ausgeübt wird.

Herr Boyce sagt: „Ein Friede ohne Aussöhnung bringt in seinem Busen den Samen zu neuen Kriegen.“ Ein solcher bewaffneter Friede und der daraus entspringende Krieg würden das hereinbrechen eines bleibenden centralen Militärdespots aus über uns beschleppen.“ — Herr Boyce scheint ein so friedliebender Mann zu sein, daß er gar nicht begreifen kann, daß eine Republik gerade so gut, wie ein monarchischer Staat, fortwährend zum Krieg gerüstet sein muß,

wenn sie ihr Bestehen einer Republik weiter ausvoeren, wo aus freiwilligen noch aus einem siegenden Heere besteht, sondern nur aus einem Theil seiner waffenfähigen Bürger, die nur länger Zeit im Dienst sind, während alle eingebüßt bewaffnet und militärisch sind, dann wird auch von einer im Frieden vorbestehenden durchgreifenden militärischen Organisation aller waffenfähigen Bürger eben so wenig ein militärischer Despotismus zu fürchten sein, wie bei unserer Civilverwaltung eine Beamtenherrschaft und Bürokratie zu fürchten ist.

In seinem Briefe spricht Herr Boyce nur von einem „Frieden, der sich mit der Erhaltung unserer freien Institutionen verträgt“, von einem Frieden „der die Harmonie (mit dem Norden?) A. d. R.) wieder herstellt, von einem Frieden, „mit Aussöhnung“; aber nie von einem Frieden, dessen Grundlage die Anerkennung unserer Unabhängigkeit ist. Dies heißt ich unter der Blume gesprochen. Es heißt indirect so viel als, er würde wohl auch einen Frieden nicht zurückweisen, der die Wiedervereinigung mit dem Norden zur Bedingung macht, wenn auf ander Weise kein Friede zu erlangen sei.

Diese „Convention der souveränen Staaten, diese imposante Versammlung, die zugleich das erhabenste Tribunal wäre, vor welches die Friedensfrage gebracht werden könnte“ wie Herr Boyce sich ausdrückt, ist in Wahrheit nur ein Phantom und ein Irrtum. Kein südlicher Staat kann für eine solche Convention stimmen, ohne seine Bundespflichten gegen die andern Conf. Staaten und die Conf. Regierung zu verleugnen, wie unsere terische Legislatur deutlich auseinander gesetzt hat und der Norden kann für keine solche Convention stimmen, ohne die Staatsrechte anzuerkennen, die ja grade der Grund unseres Austrittes und dieses Krieges sind. Aber auch angenommen, eine solche Convention läme wirklich zu Stande, dann ist nicht der Friede die einfache Frage über die abgestimmt werden kann, sondern die Bedingung des Friedens, und diese ist, wie uns genugsam von Republikanern, wie Demokraten des Nordens bekannt ist, die Rückkehr in die Union, auf die kein südlicher Mann eingehen kann, ohne sich die Dementi zu geben, daß wir ohne hinreichenden Grund austreten und daß alle die Märtyrer, die sich für unsere Sache geopfert haben, nur getäuscht und urtheilslose Schwachsäfte waren. Ferner ist die Frage, wie sollen die Staaten repräsentiert werden, die theils im Besitz der Nördlichen und theils im Besitz der Südlichen sind? oder gar die Staaten in welchen beiden Mächte Anspruch auf den ganzen Besitz derselben machen? Auch selbst wenn wir die Staaten nicht mit rechnen wollen, aus welchen die südlich gesetzten Bürger verdrängt oder ihres Stimmrechtes beraubt werden, so würde doch der Norden durch die Mehrzahl seiner Repräsentanten uns bei jeder Frage der Convention überstimmen. Was kann denn nun eine solche Convention dem Süden nützen? Sie würde dem Norden nur eine neue und scheinbar gerechte Verlassung zum Kriege zu geben, indem wir einer solchen Abstimmung uns nicht unterwerfen könnten. — Wenn das ganze nördliche Volk seine Abgesandten in dieser Convention zu wählen hätte, wie Herr Boyce annimmt, so kann ihn der Ausfall der letzten Präsidentenwohl überzeugen, daß nicht die Demokraten, sondern die Republikaner die Convention beschikt hätten. Mit diesen zu unterhandeln und sich zu verstündigen, müssen wir den Neutralen und den Nebengesindeten unter uns überlassen.

Herr James W. Mason von Virginien unser schon seit beinahe drei Jahren in Europa befindlicher Commissioner schrieb an seinen in den Cont. Staaten befindlichen Correspondenten einen Brief, aus welchem die Galv. News folgenden Auszug macht:

„Die Nachrichten die ich von zu Hause über die Verwüstung eines Theiles unseres heuren alten Staates erhalte, der im Besitz des Feindes ist, oder durch welchen seine Armeen gezogen sind, sind höchst traurig. Die Bewohner dieser Districte, die hauptsächlich aus Frauen, alten Männern und Kindern bestehen, sind dem Verbürgern ausgesetzt, aber sie geben nicht das geringste Zeichen von Unterwerfung, sondern sind vielmehr entschlossen, lieber zu sterben als zu der Regierung zurückzukehren deren Bande wir abgeschüttelt haben. Virginien hat sich wirklich seines alten Ruhmes würdig gezeigt.“